

18
S. 70

51. Westfälischer Provinziallandtag. 1910.

9. Vollsitzung,

Mittwoch, den 9. März 1910, vormittags 11 Uhr.

Tagesordnung:

Kommission für Rechnungen und den Verwaltungsbericht.

- 1. Jahresrechnungen.
- 2. Bericht über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für 1908 (Drucksache Nr. 1).
Berichterstatter zu 1 und 2: Herr Abg. Dr. Dstrop.

Kommission für die Haushaltspläne.

- 1. Verwendung der Überschüsse des Rechnungsjahres 1908 (Drucksache Nr. 2).
Berichterstatter: Herr Abg. Delius.
- 2. Haupthaushaltsplan für die Rechnungsjahre 1910/11.
Berichterstatter: Herr Abg. Naud.

Antrag der Abgeordneten Dr. Haarmann und Gen., betr. den Ausbau der Westfälischen Wilhelms-Universität zu einer Volluniversität.
Berichterstatter: Herr Abg. Dr. Haarmann-Witten.

Wahlvorbereitungskommission.

- Wahl einer Baukommission für die Errichtung der 6. Provinzialheilanstalt bei Gütersloh (Drucksache Nr. 7).
Berichterstatter: Herr Abg. Sternenberg.

Verhandlung der 9. Vollsitzung

des

51. Westfälischen Provinziallandtages.

Verhandelt im Landeshause zu Münster, am 9. März 1910.

Zur Teilnahme an der für heute vormittag 11 Uhr anberaumten Schlußsitzung hatten sich 87 Provinziallandtags-Abgeordnete eingefunden.

Seitens der Königlichen Staatsregierung waren anwesend: Se. Excellenz, der Oberpräsident, Staatsminister Dr. Freiherr v. d. Recke v. d. Horst, der Oberpräsidialrat v. Haugwitz, der Oberregierungsrat Kirchner, die Regierungsräte Cludius, Dr. Helbing und Weber sowie der Regierungsassessor v. Schmidtfeld.

Die Provinzialverwaltung war vertreten durch den Landeshauptmann Dr. Hammer-schmidt, die Landesräte Böse, Pothmann, Schulze-Steinen und Stahl, den Landesbaurat, Geh. Baurat Waldeck, den Landesbaurat Zimmermann, den Feuersozietätsdirektor Sommer und den Landesassessor Hobrecker.

Die Niederschrift der Verhandlung der 8. Vollsitzung lag auf.

Se. Excellenz der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und berief als Schriftführer die Abgeordneten Dr. Beckhaus und Dr. Schröder.

Vor Eintritt in die Verhandlung teilte der Vorsitzende mit, daß gleich nach Schluß der Sitzung eine Sitzung des Provinzialausschusses stattfinden werde.

Zur Tagesordnung wurde dann wie folgt verhandelt:

Aus dem Geschäftsbereiche der Kommission für Rechnungen und den Verwaltungsbericht.

1. Jahresrechnungen für 1908.

Der Berichtstatter, Abgeordneter Dr. Dstrop, führte aus, daß die sämtlichen 40 Jahres-rechnungen ordnungsmäßig gelegt, die Bestände richtig übernommen und die vorgekommenen Überschreitungen begründet seien. Die gezogenen Erinnerungen waren erledigt bzw. war die Erledigung vorbereitet. Namens der Kommission beantragte er:

„Unter Vorbehalt der Erledigung der noch rückständigen Erinnerungen und unter Genehmigung der vorgekommenen Überschreitungen den Rechnungsführern Entlastung zu erteilen.“

Der Provinziallandtag erhob diesen Antrag einstimmig zum Beschluß.

2. Bericht über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für 1908.

Es wurde beantragt:

„Den Bericht durch Kenntnisaufnahme für erledigt zu erklären.“

Der Provinziallandtag beschloß demgemäß einstimmig.

Namens der Kommission für die Haushaltspläne berichtete der Abgeordnete Delius über die **Verwendung der Überschüsse des Jahres 1908** (Drucksache Nr. 2).

Der Berichterstatter trug den Inhalt der Drucksache vor und beantragte namens der Kommission dem Antrage des Provinzialausschusses zuzustimmen. Der Antrag lautet:

„Hoher Provinziallandtag wolle genehmigen, daß der im Rechnungsjahre 1908 bei der Landesbank über den haushaltsplanmäßigen Betrag hinaus erzielte Gewinn, sowie die bei den Anstaltsrechnungen und der Hauptrechnung für 1908 verbliebenen Bestände, wie zu I, II und IV vorgeschlagen, Verwendung finden.“

Der Antrag wurde einstimmig angenommen und zum Beschluß erhoben. Im Anschlusse hieran erklärte sich auch der Provinziallandtag mit der Ansicht der Kommission einverstanden, daß der Provinzialausschuß über die Verwendung des Fonds für Erneuerung von Maschinen zu verfügen habe.

Haupthaushaltsplan für die Rechnungsjahre 1910/11. Berichterstatter Abg. Nauck.

Der Berichterstatter erläuterte den Haushaltsplan in Einnahme und Ausgabe. Namens der Kommission beantragt er zunächst zu Tit. II E. 4 der Ausgabe:

„Der Provinzialausschuß möge in eine nochmalige Prüfung der Frage eintreten, ob eine Aufforstung der der Provinz gehörigen Fläche auf dem fahlen Astenberg angebracht sei.“

Der Provinziallandtag erklärte sich einstimmig hiermit einverstanden.

Ferner wurde zu Tit. II E. 3 gemäß dem Kommissionsvorschlage beschlossen:

„Dem Provinzialausschuß zur Erwägung anheimzugeben, ob ein Eintrittsgeld auf dem Hohensyburgdenkmal zur Verwendung für lokale Zwecke wieder einzuführen ist.“

Der Provinziallandtag war auch hiermit einstimmig einverstanden.

Zum Tit. IV D — Kosten der Wanderarbeitsstätten — wurde auf die Gründe hingewiesen, die den Provinzialausschuß veranlaßt hätten, den folgenden Beschluß zu fassen:

„Der Provinzialausschuß spricht sich einstimmig dahin aus, daß bei den zwischen den Kreisen und den Herbergen zur Heimat abzuschließenden Verträgen ein Pflegesatz von höchstens 90 \mathcal{F} für die Tage ohne und von höchstens 1 \mathcal{M} für die Tage mit Nachmittagskaffee als angemessen angesehen und daher dem Provinziallandtag nur die Bereitstellung derjenigen Mittel in den

Haushaltspänen vorgeschlagen werden könne, die entstehen, sofern sich die vereinbarten Pflegesätze innerhalb dieser Höchstgrenzen halten."

Namens der Kommission beantragte der Berichterstatter:

"Provinziallandtag wolle von diesem Beschlusse zustimmend Kenntnis nehmen."

Der Abgeordnete Duentin brachte hiergegen den folgenden Antrag ein:

1. Der Provinziallandtag wolle in Abänderung des Beschlusses seiner Kommission vom 4. d. M. beschließen:

"Der Provinziallandtag ersucht den Provinzialausschuß, die Höhe der durch seinen Beschluß vom 15. Dezember v. J. festgelegten Höchstpflegesätze in den Wanderarbeitsstätten von 90 \mathcal{F} bzw. 1 \mathcal{M} pro Tag und Kopf einer erneuten wohlwollenden Prüfung zu unterziehen."

2. Der Provinziallandtag ersucht den Provinzialausschuß um baldige Ausführung des Beschlusses Nr. VIII des 50. Provinziallandtages vom 5. Mai 1909, welcher lautet:

"Provinziallandtag beauftragt den Provinzialausschuß, dem nächsten Provinziallandtage eine Vorlage über Heranziehung derjenigen Kreise zu machen, in denen keine Wanderarbeitsstätte eingerichtet wird, denen aber die von anderen Kreisen eingerichteten Wanderarbeitsstätten zugute kommen."

gez. Duentin, Nehling, v. Ledebur, v. Borries, Weinberg,
Worpenberg, Mangelsdorff, G. Meyer, Meyer zu Terrendorf,
Graf Korff-Schmising, Thomée, Klink.

Der Antragsteller begründet in längerer Ausführung seinen Antrag. Er hält die Festsetzung eines Höchstsatzes von 90 \mathcal{F} bzw. 1 \mathcal{M} für nicht richtig. Man müsse Rücksicht nehmen auf die Verteuerung aller Lebensmittel und die Erhöhung der Arbeitslöhne. Er halte es für richtiger, wenn gar kein Satz festgesetzt würde und man sich mehr an die historisch praktischen Sätze mit einem geringen Aufschlag halte. Schematismus wirke hier nicht gut, man hätte vorher eine Statistik aufstellen müssen, dann hätte man eine geeignete Grundlage gehabt. Er stelle eine derartige Statistik nachträglich noch einzufordern. Sein Antrag zu 1 erbitte zwar nur eine wohlwollende Prüfung, enthalte aber selbstverständlich die versteckte Bitte um Erhöhung. Man möge berücksichtigen, daß sich zwei Kontrahenten gegenüberständen, einerseits die Provinz, andererseits die Herbergen. Ohne die Zustimmung der letzteren könne die Provinz nicht einseitig vorgehen. Die Provinz werde immer auf die Herbergen angewiesen sein, da sie sonst ins ungemessene wachsende Kosten für Einrichtung von Wanderarbeitsstätten werde aufbringen müssen. Die infolge etwaiger Erhöhung der Pflegesätze eintretende Erhöhung der Ausgaben ließe sich vielleicht bestreiten aus denjenigen Mitteln, die durch Heranziehung der stationslosen Kreise beschafft würden. Um diese Beschaffung zu beschleunigen, habe er den zweiten Teil seines Antrages gestellt. Er bitte seinem Antrage zuzustimmen.

Der Abgeordnete Hartmann wendet sich gegen die Aufforderungen auf dem kahlen Nstenberg. Der kahle Gipfel würde seinen Charakter verlieren, wenn er sich nicht wehre, was man ja nicht wissen könne, den Baumwuchs auskommen zu lassen. Er könne nicht annehmen, daß man die Aufforstungen deshalb vornehme, um die Aussicht von der jetzt kahlen Höhe zu

verhindern und so die Besucher zu zwingen, gegen Eintrittsgeld die Aussicht nur vom Turme zu genießen. Man möge die Fläche, die nun einmal kahl sei, auch als solche belassen.

Weiter bezeichnet der Redner die Einrichtung eines größeren Versammlungsraumes auf Hohensyburg als dringend erwünscht, um so mehr, als dadurch Gelegenheit zu patriotischen Veranstaltungen, für welche sich die Hohensyburg vorzüglich eigne, geschaffen werde. Wenn man den Vorschlag annehme, das frühere Eintrittsgeld wieder zu erheben, würde man dadurch die Mittel zur Verzinsung und Tilgung der Bausumme leicht beschaffen können.

Der Abgeordnete v. Borries hatte den Antrag gestellt, beim Titel IV D des Haupt-Haushaltsplanes als „Bemerkung“ beizufügen:

„Rest übertragbar in das nächste Jahr“

(cf. die bereits vorhandene Bemerkung).

Der Landesrat Schulze-Steinen kann namens des Landeshauptmanns diesem Antrage zustimmen, dagegen bittet er, die Nr. 1 des Antrages Quentini abzulehnen. Er bespricht dann die Gründe, die den Provinzialausschuß zur Fassung seines Beschlusses bewogen hätten, dem er zuzustimmen bitte, weil der darin festgesetzte Pflegesatz als angemessen zu bezeichnen wäre.

Was den zweiten Punkt des Antrags Quentini anbelange, so könne man ihm im Prinzip wohl zustimmen. Er müsse aber daran erinnern, daß die Statskommission sich im vorigen Jahre auf den Standpunkt gestellt habe, daß erst durch die bei der Ausführung des Gesetzes gemachten Erfahrungen die nötige Unterlage für die Höhe der Beiträge der einzelnen Kreise gewonnen werden könnte. Bleibe man bei diesem Standpunkte, dann werde es aber wohl nicht möglich sein, schon im nächsten Jahre eine ausreichend begründete Vorlage zu machen. Er sei aber der Meinung, daß man auch nach mehrjähriger Anwendung des Gesetzes noch keine so weitgehende Erfahrungen sammeln können, daß sie für die Heranziehung der stationslosen Kreise als zuverlässige Grundlage dienen könnten. Aber auch ohne solche eingehenden Unterlagen werde man versuchen müssen, die betreffenden Kreise in einer möglichst angemessenen Weise heranzuziehen. Er würde es daher mit Freuden begrüßen, wenn der Provinziallandtag dem Provinzialausschuß den Auftrag erteile, schon im nächsten Jahre eine Vorlage zu machen wegen der nach seiner Meinung dringend notwendigen Heranziehung der stationslosen Kreise.

Der Abgeordnete Cuno weist darauf hin, daß die Wanderarbeitsstätten auf die Hilfe der Kreise und der Provinz angewiesen seien. Er gebe zu, daß die Forderungen des Herbergverbandes bezüglich der Höhe der Pflegesätze über das Maß des Notwendigen hinausgingen. Es werde aber doch eine Verständigung herbeigeführt werden müssen, da ohne Mitwirkung der Herbergen die Durchführung des Gesetzes nicht möglich sei. Im übrigen sei er der Ansicht, daß es sich lediglich um eine Verwaltungsmaßregel handele, die dem Provinziallandtag keinen Anlaß zu einer Beschlußfassung böte und die dem Provinzialausschuße überlassen bleiben könne. Er halte es daher für richtig, wenn weder nach der einen noch nach der anderen Seite ein Beschluß gefaßt werde und befürworte die Ablehnung beider Anträge.

Der Abgeordnete v. Borries führt aus: sein Antrag sei lediglich finanztechnischer Natur und bezwecke eine Erleichterung der Verwaltung durch Vermeidung allzu großer Schwankungen bezüglich der verfügbaren Mittel. Im übrigen sei er der Ansicht, daß aus den Verhandlungen mit dem Herbergverband sich nicht übersehen lasse, daß seine Forderungen zu hoch seien. Anderer-

Deckung eines der Landesbank durch den Verkauf westfälischer Provinzialanleiheſcheine etwa entstehenden und ihr zu vergütenden Kapitalverlustes verwendet werden, aufgenommen werden:

1. zur Ausführung von Erweiterungsbauten bei den Heilanstalten Marsberg, Lengerich und Münster, sowie bei den Hebammenlehranstalten Paderborn und Bochum zusammen 392 500 *M.*,
2. für die Neubauten bei der Provinzialpflegeanstalt Eickelborn 856 000 *M.*,

III. daß zur Deckung des nach dem Haupthaushaltsplan Tit. VII der Einnahme für 1910 sowie der Kosten der Durchführung der Vorlage, betreffend Abänderung der Besoldungsordnung für die Beamten des Provinzialverbandes der Provinz Westfalen vom 22. Januar 1910, erforderlichen Betrages sowie zur außerordentlichen Unterstützung der beiden Arbeiterkolonie-Vereine 15 000 *M.* für das Jahr 1910 und endlich zur Unterstützung des Kreis-Gemeinde- und Genossenschafts-Wegebauwes in Höhe von 120 000 *M.* eine Provinzialsteuer in Höhe von 13,2 % des der Verteilung der Provinzialsteuern nach § 25 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 zugrunde zu legenden Steuerolls erhoben wird. Sollte sich durch eine solche Umlage eine Summe ergeben, welche über den für die genannten Zwecke nötigen Betrag hinausgeht, so soll der Mehrbetrag dem Steuerausgleichs- und Bau sammelfonds überwiesen werden,

IV. die Beschlußfassung wegen des Steuerbedarfs für das Rechnungsjahr 1911 sich vorzubehalten.“

Der Antrag wurde ohne weitere Debatte einstimmig angenommen und zum Beschluß erhoben.

Über den Antrag des Dr. Haarmann und Genossen, betreffend den **Ausbau der Westfälischen Wilhelms-Universität zu einer Volluniversität** berichtete der Abg. Dr. Haarmann.

Er führte wörtlich folgendes aus: Meine Herren! Wir nähern uns dem Schluß unserer diesjährigen Tagung, alles drängt zur Heimreise — einer der Herren Vorredner ließ uns schon singen: „Muß i denn, muß i denn, zum Städtle hinaus“ —, da dürfte es nicht mehr angebracht sein, eine lange Rede zu halten. Es bedarf aber auch der Antrag, den ich in Gemeinschaft mit anderen Herren gestellt habe, keiner ausführlichen Begründung vor den Vertretern der Provinz. Aus der Denkschrift des Rektors und Senates der Westfälischen Wilhelms-Universität, die uns kürzlich zugegangen ist, haben wir die erfreuliche Entwicklung ersehen, welche die Universität in den letzten Jahren genommen hat; je mehr diese Entwicklung fortschreitet, desto lebhafter wird in uns der Wunsch rege, daß die Universität zu Münster bald aufhören möge, das Aschenbrödel unter den preussischen Universitäten zu sein, und daß ihr bald die Glieder angefügt werden möchten, die ihr jetzt noch fehlen, daß also die medizinisch-propädeutische Abteilung der philosophischen zur vollen medizinischen Fakultät ausgestaltet werde, und daß als letztes Glied die evangelisch-theologische Fakultät geschaffen werde. Das ist ein Wunsch, in dem, wie ich nicht zweifle, wir alle uns begegnen (Beifall), auf dessen Erfüllung die Provinz Westfalen als eine der volkreichsten und leistungsfähigsten der Monarchie meines Erachtens begründeten Anspruch hat. (Lebhafte Zustimmung.) Unser Antrag lautet:

Der Provinziallandtag wolle beschließen: „Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, auf den Ausbau der Westfälischen Wilhelms-Universität zu einer Volluniversität möglichst bald Bedacht zu nehmen.“

Namens der Unterzeichner bitte ich, den Antrag zu einer einmütigen Kundgebung zu machen. (Beifall.)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen und zum Beschluß erhoben.

Wahl einer Baukommission für die Errichtung der 6. Provinzialheilanstalt bei Gütersloh
(Drucksache Nr. 7).

Der Berichterstatter, Abgeordneter Sternenberg, schlug namens der Wahlvorbereitungskommission vor, die bisherige Baukommission von 8 Mitgliedern, wovon je 4 vom Provinziallandtage und vom Provinzialausschusse gewählt sind, wiederzuwählen, die Kommission jedoch auf 10 Mitglieder zu verstärken und als 5. Mitglied des Provinziallandtages den Abgeordneten Mangeltsdorf zu wählen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Se. Excellenz der Vorsitzende erklärte die Verhandlungen hiermit für beendet. Er dankte Sr. Excellenz dem Oberpräsidenten für die rege Teilnahme an den Sitzungen, sprach ferner dem Landeshauptmann Dank und Anerkennung aus für die vorzügliche Vorbereitung der Vorlagen, wodurch es möglich gewesen sei, die umfangreichen Arbeiten so rasch zu erledigen. Endlich dankte er dem Hause für die ihm zuteil gewordene Unterstützung bei Führung der Geschäfte und erteilte das Wort dem Königlichen Landtagskommissar, Oberpräsident Staatsminister Excellenz v. d. Recke v. d. Horst, der hierauf zu folgender Ansprache das Wort ergriff:

Hochgeehrte Herren!

Ihre Aufgaben für diese Tagung sind vollendet und Sie eilen wiederum der Heimat zu. Wichtige, für die weitere Entwicklung unserer Provinz bedeutungsvolle Beschlüsse sind gefaßt worden.

Ich nenne in erster Linie die Begutachtung des Antrags betreffend eine angemessene Beschränkung der Zahl der Abgeordneten zum Provinziallandtag.

Mit besonderer Genugtuung begrüße ich Ihre Entschließung wegen sofortiger Einleitung der Vorbereitungen zum Bau einer sechsten Provinzialheilanstalt in Gütersloh, weil nur auf diese Weise einer Wiederkehr der in früheren Jahren in die Erscheinung getretenen Mißstände einer Überfüllung der Anstalten wirksam vorgebeugt werden kann.

Daß Sie die Befoldungsordnung für die Provinzialbeamten den Vorschlägen Ihres Ausschusses entsprechend rasch erledigt haben, dafür werden Ihnen die zahlreichen Beamten der Provinz besonderen Dank wissen.

Indem ich, meine hochgeehrten Herren, hoffe, daß auch die Beschlüsse dieser Tagung unserer schönen Provinz zum Segen gereichen möchten, erkläre ich kraft Allerhöchster Vollmacht den 51. Westfälischen Provinziallandtag für geschlossen.

Se. Excellenz der Vorsitzende führte dann aus:

Wir stehen hiermit am Schlusse unserer Tagung. Wie zu Beginn, lassen Sie uns auch am Schlusse der Tagung den Gefühlen zu unserem angestammten Herrscherhause, die uns

beseelen und stets beseelen werden, Ausdruck geben, indem Sie mit mir einstimmen: Se. Majestät, unser Allergnädigster Kaiser und König er lebe hoch!

Die Versammlung stimmte in das dreimalige Hoch begeistert ein.

Der Abgeordnete Dr. Haarmann sprach dem Vorsitzenden den Dank aus für die Ausdauer und das Geschick, womit er wiederum die Verhandlungen geleitet habe. Die jugendliche Frische, in der er vor ihnen stehe, lasse die Vermutung auftauchen, daß die heute zwar verblüchene Zahl „80“ in dem Kranze, der den Präsidentenstuhl ziere, um mindestens 10 Jahre verfrüht sei. Er bat dann das Haus, sich zu Ehren des Vorsitzenden, gleichzeitig aber auch zu Ehren des 2. Vorsitzenden, Oberbürgermeisters, Geh. Reg.=Rat Dr. Schmieding von den Plätzen zu erheben.

Se. Excellenz der Vorsitzende dankt dem Redner für die freundlichen Worte und wünscht allen Anwesenden ein fröhliches Wiedersehen bei bestem Wohlfsein im nächsten Jahre.

Dann löste sich der Provinziallandtag auf.

Der Vorsitzende:

Fehr. von Landsberg.

Der Landeshauptmann:

Dr. Hammer Schmidt.